

Weltweit stehen wir momentan vor den größten Herausforderungen unserer Geschichte, die da sind: Corona-Pandemie, Klima-Katastrophe, ökologisches Desaster wie Artensterben und Umweltverschmutzung, soziale Verwerfungen und die damit einhergehenden ökonomischen Herausforderungen.

Zudem müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass die militärischen Interventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen bislang weder zu einer dauerhaften Sicherheit für die Bevölkerung führten noch zum wirtschaftlichen Aufschwung. Annähernd 20 Jahre später ist fast der komplette 'Nahe Osten' im Krisenmodus, einschließlich der Bürgerkriege in Syrien und im Jemen.

Kann die Corona-Zwangspause auch eine Chance zum Umsteuern in der Politik sein, jetzt da die Verhältnisse ins Wanken geraten? Immerhin fordert der Präsident des EU-Parlaments David Sassoli: »Wenn wir an den Wiederaufbau unserer Wirtschaft denken, dann müssen wir soziale und ökologische Aspekte gleich mitdenken und europäische Solidarität zur Leitlinie machen!« (FR vom 27.3.2020, S 19).

Besteht jetzt auch die Chance für einen Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik? Weg von der militärischen hin zur zivilen Sicherheitspolitik?

Gefragt ist ein Denken, welches es ermöglicht, »Frieden zu schaffen und das heißt Beziehungen zu ermöglichen, in denen Gewalt unwahrscheinlich wird, weil Kooperation gelingt.« (Birckenbach, Hanne-Margret, 2016)

Die Kirchen haben jahrhundertlang das Konzept des 'gerechten Krieges' mitgetragen. Jedoch unter dem Eindruck der Verheerungen des 2. Weltkriegs erklärte der Ökumenische Rat der Kirchen bei seiner Gründung 1948: »Die Rolle, die Krieg in unserem gegenwärtigen internationalen Leben spielt, ist eine Sünde gegen Gott und eine Entwürdigung des Menschen.«

In den letzten 20 Jahren ist der Begriff 'Gerechter Friede' ökumenisch und weltweit zum Leitbild des kirchlichen Friedenshandelns geworden. 'Gerechter Friede' ist ein Prozess, ein Weg auf dem sich Gewaltfreiheit und Gerechtigkeit für Menschen und Schöpfung durchsetzen. Auch Papst Franziskus ruft Christen inzwischen zur Gewaltfreiheit auf (2017) (Sicherheit neu denken, S. 24).

Und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen definierte 2017 den »Ausbau der Diplomatie und die Schaffung wirt-

Frieden und Gerechtigkeit

– Sicherheit neu denken

von Inge Göbl für den Gesprächskreis Frieden und Demokratie



schaftlicher Entwicklungsperspektiven für die EU-Anrainer-Staaten als wesentliche Pfeiler einer eigenständigeren europäischen Sicherheitspolitik« (verbal in der ARD-Sendung 'Anne Will' am 22.1.2017).

Gewaltfreier Protest gewinnt in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an ICAN (Globales Bündnis zur Abschaffung von Atomwaffen) in 2017 ist dafür ein herausragendes Beispiel.

»Sicherheit neu denken«

Im friedensethischen Prozess entwickelte die Landeskirche Baden 2018 die Vision »Sicherheit neu denken – Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik - Ein Szenario bis zum Jahr 2040«. Aktuell steht Europa vor der Wahl: Militarisierung oder Zivilisierung der Sicherheitspolitik. So sollen die Militärausgaben der NATO-Staaten bis 2024 annähernd zwei Prozent des Brutto sozialprodukts betragen. Es ist zu befürchten, dass es zu einem neuen, auch atomaren Wettüsten kommen wird, zumal in 2019 der Vertrag über die Verbreitung nuklearer Mittelstreckensysteme (INF) gekündigt wurde.

Das Konzept zeigt Möglichkeiten gewaltfreier Selbstbehauptung einer demokratischen und an den Menschenrechten orientierten Gesellschaft in fünf Politikfeldern auf:

1. Entwicklung einer starken Demokratie, die Krisen zivil bewältigt
2. ökologisch, sozial und wirtschaftlich gerechte Außenbeziehungen
3. Förderung nachhaltiger Entwicklung

Bitte notieren

Veranstaltung zu
»Sicherheit neu denken«
am 5. November 2020
um 19 Uhr im Gemeindegem.
saal der evangelisch-reformierten Gemeinde
am Marktplatz,
Marktplatz 8,
63263 Neu-Isenburg

der EU-Anrainerstaaten

4. Investitionen in eine starke UNO- und OSZE-Präsenz statt in die Bundeswehr
5. Konversion von Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Die evangelische Landeskirche Baden ist daran interessiert, mit möglichst vielen Menschen ihr Konzept 'Zivile Sicherheitspolitik' zu diskutieren und weiter zu entwickeln. Bereits im vergangenen und so auch in diesem Jahr wurde das Konzept 'Zivile Sicherheitspolitik' schon Kirchen, Parteien und Verbänden vorgestellt.

Wir vom Gesprächskreis für Frieden und Demokratie Neu-Isenburg (gegründet 1999) und von der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (gegründet 1892) unterstützen das Konzept.

Am 5. November 2020 haben Sie Gelegenheit mehr darüber zu erfahren.



Ralf Becker von der Landeskirche Baden wird es in Neu-Isenburg vorstellen und Bürgermeister Hunkel seine Unterstützung bekunden. Sie sind

herzlich eingeladen mit zu debattieren und eigene Ideen einzubringen.

Wer sich vorab mit dem Konzept befassen möchte, kann dieses unter <https://www.sicherheitneudenken.de/html/content/downloads5500.html> downloaden oder im dortigen Online-Shop für 9,95 Euro zzgl. Versandkosten bestellen.